

# Gefährliche Klimaveränderungen

■ HEINER BOBERSKI



Heiner Boberski ist Journalist und Buchautor. Er war Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Furche“ und Ressortleiter in der „Wiener Zeitung“.

**Der Planet Erde nähert sich zunehmend der Überhitzung, aber zugleich brennt auch, was die Entwicklung der Demokratien betrifft, der Hut.**

Wenige werden sagen, dass es Regierende heute leicht haben. Die Zahl der Krisen nimmt eher zu als ab. Nach der Corona-Pandemie begann Wladimir Putins Krieg gegen die Ukraine und in dessen Folge eine Wirtschaftskrise mit Inflationsraten, wie es sie seit Jahrzehnten nicht mehr gab. Zugleich erleben wir eine gefährliche Veränderung des Weltklimas, aber auch des politischen Klimas, aus der anscheinend Parteien, die weit rechts oder manchmal auch links, aber sicher nicht in der Mitte stehen, bisher am meisten Kapital schlagen können.

Immer mehr Menschen sehen unseren ganzen Planeten in Gefahr. Zu Recht. Die globale Erwärmung schreitet schneller voran, als es die meisten wahrhaben wollen. Wer meint, es nur mit Wetterkapriolen zu tun zu haben, wie es sie schon immer gegeben hat, übersieht die Fakten: die ständige Zunahme der jährlichen Hitzetage, den gravierenden Rückgang der Gletscher und der polaren Eisschilde, die dramatisch steigenden Temperaturen in den Ozeanen, die wachsende Zahl verheerender Unwetter, Hochwasser, Dürren und Waldbrände, wie jeder objektive Blick auf die Statistiken der mit solchen Katastrophen befassten Versicherungen beweist. Jene, die heute noch den Klimawandel verharmlosen, verbreiten unwissentlich, aber meist eher wissentlich – oft aus politischem Opportunismus – „fake news“.

## Demokratie in Gefahr

Immer mehr Menschen sehen die Demokratie in Gefahr. Zu Recht. In sehr vielen Ländern wird bereits autoritär re-

giert, die meisten Regimegegner sind tot oder zumindest mundtot, wenn sie nicht im Gefängnis sitzen oder ins Ausland geflohen sind. Wenn es dort noch Wahlen gibt, sind sie nicht wirklich frei. In jenen Ländern aber, wo Wahlen noch frei sind oder frei zu sein scheinen, befinden sich Parteien im Aufwind, die das „System“ – das für alles verantwortlich gemacht wird, was den Bürgern unangenehm sein könnte – in Frage stellen und behaupten, bessere Gesellschaftsmodelle bieten zu können. Gemeint sind damit offensichtlich „illiberale Demokratien“, in denen die Regierenden die Justiz und die Medien so fest im Griff haben, dass ihre Macht auf lange Zeit als abgesichert erscheint.

Besonders fatal ist die Verbindung dieser beiden Gefahren. Die Klimaveränderungen, insbesondere das menschliche Handeln als deren wesentliche Ursache, werden in der Regel vor allem von Populisten am rechten Rand des politischen Spektrums geleugnet, die sich auch bei bestimmten anderen Themen einig sind. Sie haben die Corona-Maßnahmen weitgehend abgelehnt, stehen der „illiberalen Demokratie“ näher als dem demokratischen Rechtsstaat, wollen möglichst gar keine Migranten aufnehmen und nehmen im Ukraine-Konflikt eine fragwürdige Rolle ein. Ihre Friedensappelle richten sie kaum an den Aggressor Russland, sondern an den Westen, dessen Sanktionen gegen Russland und dessen Waffenlieferungen an die Ukraine sie heftig kritisieren.

## Beunruhigende Umfrageergebnisse

Dass rechte Parteien wie die AfD in

Deutschland oder die FPÖ in Österreich zumindest in Umfragen zu unglaublichen Höhenflügen ansetzen, dürfte aber nicht nur an deren schlauer Propaganda, sondern vor allem an der sichtbaren Uneinigkeit ihrer Gegner liegen. Nicht nur mit dem Weltklima, sondern auch mit dem Koalitionsklima liegt es in beiden Ländern im Argen. Die deutsche „Ampelkoalition“ unter dem Sozialdemokraten Olaf Scholz findet in der Regel immer nur den allerkleinsten gemeinsamen Nenner, weil vor allem FDP und Grüne sich in der Programmatik deutlich unterscheiden. Und auch in Österreich treten die unterschiedlichen Positionen von ÖVP und Grünen von Woche zu Woche stärker zutage. Zwischen den Parteiführern Karl Nehammer und Werner Kogler sowie zwischen den Klubobleuten August Wöginger und Sigrid Maurer mag es ja eine passable Gesprächsbasis geben, aber ansonsten richten einander namhafte Mandatäre der Regierungsparteien immer wieder echte Unfreundlichkeiten aus.

Statt das angekündigte „Beste aus beiden Welten“ zu verwirklichen, schob die österreichische türkis-grüne Regierung bisher das Klimaschutzgesetz auf die lange Bank, kam im europäischen Vergleich auf eine deutlich höhere Inflationsrate und begab sich in einen rekordverdächtig langen Streit über die Besetzung wichtiger Spitzenposten (Verwaltungsgerichtshof, Bundeswettbewerbsbehörde, Nationalbank). Wenig überraschend ist die Einigkeit, ja nicht die Koalition vorzeitig platzen zu lassen, denn man klammert sich notgedrungen an die Hoffnung, bis zum regulären Wahltermin aus dem Umfrage-tief herauszukommen.

Was in Europa und Österreich absolut nicht beherzigt wird, ist die chinesische Weisheit: „Es ist besser, ein kleines Licht anzuzünden, als über die Dunkelheit zu klagen.“ Klimamaßnahmen forcieren? Wozu, da wir doch nur ein ganz kleines Rädchen sind, die wahren Klimasünder ganz woanders sitzen und nur globales Handeln echte Fortschritte brächte. Da bleiben wir doch lieber dem Verbrennungsmotor treu und führen nicht das

von vielen Fachleuten empfohlene Tempo 100 auf Autobahnen ein, sondern schaffen vielmehr schon bestehende „Luftthunderter“ auf Druck der FPÖ ab. Die „Klimakleber“ haben zwar die Probleme erkannt, verärgern aber mit ihren Aktionen – ein typisches Beispiel dafür, dass „gut gemeint“ nicht immer „gut“ ist – so große Teile der Bevölkerung, dass der Zweck, der die Mittel heiligen sollte, leider deutlich verfehlt wird.

### Abdriften nach rechts und links

Die global-meteorologischen und die politischen Klimaveränderungen weisen auf drohende Katastrophen hin. Die Erderwärmung dürfte nicht mehr zu stoppen, allenfalls auf einem sehr hohen Niveau halbwegs zu stabilisieren sein. Das Auseinanderdriften der Parteienlandschaft ist unübersehbar: Die FPÖ bewegt sich, wie neben der Rhetorik des Parteichefs Herbert Kickl oder des niederösterreichischen Landeshauptfrau-Stellvertreters Udo Landbauer auch ein Video der Parteijugend klar beweist, immer weiter nach rechts, die SPÖ steuert unter Andreas Babler nach links, wo plötzlich auch die KPÖ mit Wahlerfolgen in der Steiermark und in Salzburg erstarkt. Grüne und Neos haben es leider nicht geschafft, sich dort, wo sie mitregieren, so ausreichend zu profilieren, dass sie mehr als allfällige Mehrheitsbeschaffer sein können. Und die ÖVP? Sie kämpft anscheinend mehr mit der FPÖ um das rechte Lager als um die politische Mitte, denn man glaubt offensichtlich, dass dort immer weniger Stimmen zu holen sind. Vielleicht, ja hoffentlich, stimmt aber dieser Befund gar nicht, und es gibt in der Mitte viele ratlose Wählerinnen und Wähler, die nur auf Politiker warten, die ihnen ohne starke ideologische Schlagseite vernünftige Angebote machen, nicht polemisch übereinander herfallen und zumindest für ein politisches Klima sorgen, dem man keine Überhitzung vorwerfen kann. Wie es jetzt aussieht, wird aber die Auswahl an solchen Kandidaten bei der nächsten Nationalratswahl nicht gerade groß sein. ■

■ In sehr vielen Ländern wird bereits autoritär regiert, die meisten Regimegegner sind tot oder zumindest mundtot, wenn sie nicht im Gefängnis sitzen oder ins Ausland geflohen sind.